

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2010

Nr. 11 · 6. Jahrgang

Links diskutiert

3 Neue Wege für Potsdam/
spannender Wahlparteitag

Waldstadt/Schlaatz

6-8 Flugrouten/Lampionumzug
und Integrationspreise

Antifa

11 Dank an Otto Wiesner
zum 100. Geburtstag

Zehn Jahre Integrationsgarten Am Schlaatz

Ein guter Anlass, gemeinsam zu feiern und den Garten mit allen Sinnen zu genießen

Am 22. Oktober war es so weit: Der Integrationsgarten feierte sein 10-jähriges Bestehen. Selbstverständlich waren auch Gäste zugegen. So der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE in der SVV, Dr. Hans-Jürgen Schar-

fenberg. Scharfenberg ist den IntegrationsgärtnerInnen kein Unbekannter. Und wie (fast) immer brachte er auch ein kleines Geschenk mit – einen Wasserschlauch und passend dazu gleich die Steckverbindungen,



Torsten Müller am Lehmbackofen.



Hans-Jürgen Scharfenberg hat ein Geschenk.

Fotos: bm

die er der Leiterin Carla Villwock vom Kulturbund übergab. Ebenso herzlich begrüßt wurde der Geschäftsführer des VGS-Kreisver-

bandes Potsdam, Friedrich Niehaus.

Zur Geschichte des Gartens: (Fortsetzung auf SEITE 2)

Auf ein Wort...



Potsdamer LINKE wird weiter wachsen

Am 27.11. wird beim Potsdamer Kreisparteitag der LINKEN Bilanz über zwei Jahre politische Arbeit gezogen und ein neuer Kreisvorstand gewählt. Für den Kreisvorsitz ist ein Wechsel vorgesehen, der auch ein Signal für die personelle Verjüngung des Kreisverbandes sein soll. Dieser Prozess der Weiterentwicklung in Potsdam findet zeitgleich mit der bundesweiten Programmdiskussion und dem Zusammenwachsen der Partei DIE LINKE statt – sicher kein Zufall. Meinen Beitrag zu dieser Entwicklung sah und sehe ich unter anderem darin, für einen differenzierten Umgang mit den geschichtlichen Erfahrungen der Linken in Deutschland einzutreten. Als Linker mit „West-Biographie“ habe ich die Zeit des kalten Krieges und eines rigiden Antikommunismus noch in (un-)guter Erinnerung.

In weitesten Teilen der Partei ist in den letzten Jahren eine Abgrenzung von nostalgischer Verklärung der DDR-Zeit erfolgt. Diese Entwicklung ist auch Voraussetzung für eine glaubwürdige Zukunftsstrategie. Denn: wer das Ziel einer an humanistischen Idealen orientierten

(Fortsetzung auf SEITE 2)

20 Jahre Linke im Landtag

1990 saßen 13 PDS-Abgeordnete in Brandenburgs Parlament – darunter prägende Menschen wie Lothar Bisky, Michael Schumann oder Heinz Vietze. 1994 gab es schon 18 Sitze. Die PDS war verfassungsgebende Partei geworden, pflegte den aufrechten Gang in die Einheit und einen kritischen wie konstruktiven Umgang mit Vergangenheit und Gegenwart. 1999 erneut Zuwachs – auf 22 Abgeordnete. Es hatte sich ausgezahlt, dem „Brandenburger Weg“ des sozialen Engagements, demokratischer Offenheit und gelebter Toleranz unbeirrt zu folgen. Dann zehn Jahre SPD-CDU-Koalition. Die PDS, danach DIE LINKE, entwickelte konkrete Alternativen und ein Leitbild für das Land – breit debattiert. Ergebnis: 27 % - das reichte 2004 für 29, 2009 für 26 Mandate.

Nun also Rot-Rot. Aus Konzepten werden Entscheidungen – für soziale Gerechtigkeit, für lebendige Demokratie, nachhaltige Entwicklung. Für Brandenburg.

Kerstin Kaiser,
Fraktions-Vorsitzende

Informieren und Mitreden

DIE LINKE und ihre Minister laden zur Regionalkonferenz nach Brandenburg an der Havel

Wie weiter mit der Polizeiform, welche Wachen sind betroffen? Wann entscheiden sich die Flugrouten des BBI? Welche Standorte taugen für welche erneuerbaren Energien? Was gibt es Neues in Sachen Innenstadtentwicklung und dem Projekt „Rückbau der Städte“? In diesem Herbst stehen in der Brandenburger Landespolitik viele, für das Land zukunftsweisende Entscheidungen an. Es geht dabei um Themen, die auch die Kreise Havelland, Potsdam –Mittelmark, Potsdam, Teltow-Fläming und Brandenburg an der Havel betreffen. Von den Bürgerinnen und Bürgern gibt es dazu eine Menge Fragen und Informationsbedarf.

Deshalb führt die LINKE am Donnerstag, 4. November, um

18.00 Uhr in der Studiobühne im Brandenburger Theater, Kanalstr. 8/9, in Brandenburg an der Havel eine Regionalkonferenz durch. Eingeladen zu dieser Regionalkonferenz sind ausdrücklich alle interessierten Menschen, also nicht nur Parteimitglieder der LINKEN.

Die Regionalkonferenz in Brandenburg an der Havel ist mit Ministern und Funktionsträgern der LINKEN hochkarätig besetzt.

Rede und Antwort stehen der Finanzminister Helmut Markov, die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stefan Ludwig sowie der parlamentarische Geschäftsführer Christian Görke.

Weiterentwicklung der Organisationsstruktur des Kreisverbandes DIE LINKE.Potsdam

Am 03. Juli 2010 fand die 3. Tagung des 2. Kreisparteitages der LINKEN Potsdam im Humboldt-Gymnasium statt. Themen waren die innerparteiliche Entwicklung und die Diskussion zur Kreissatzung. Dabei ging es vor allem um den Stellenwert und Erhalt der Basisorganisationen in der Partei als kleinste und wichtigste Organisationsstruktur. Beschlossen wurde die Gründung von insgesamt sieben Ortsverbänden. Bis kurz nach Redaktionsschluss ist das in sechs Bereichen passiert. Im Oktober wurde das schließlich im Stern-Kirchsteigfeld-Drewitz und am 28. Oktober schließlich im Bereich „Südliche Vorstädte“ vollzogen. Offen ist nun nur noch der Bereich Potsdam-Mitte. Ausführlich dazu in der nächsten Ausgabe.

(Fortsetzung von SEITE 1)

menschenwürdigen und sozialen Gesellschaft verfolgt, kann dies nicht mit der Verharmlosung eines repressiven Systems verbinden. Dass DIE LINKE bundes- und landesweit und natürlich (auch) in Potsdam ein ernst zu nehmender politischer Faktor (geworden) ist, verdankt sie neben dieser Fähigkeit, aus der eigenen Geschichte zu lernen, natürlich weiteren Faktoren: Entscheidend sind vor allem die Menschen, die sich mit und in dieser Partei vor Ort engagieren, die die alltäglichen Probleme und Sorgen aufgreifen und versuchen, die Lage der Menschen zu verbessern. Was sie verbindet, ist das Wissen, das es keine unüberwindbaren Sachzwänge sind, die zu Ungerechtigkeit und Not führen. Sie wissen, dass die Ursachen dafür von Menschen gemacht sind, also auch von Menschen wieder geändert werden können. Weil es diese Menschen gibt und weil es immer mehr werden, bin ich sicher, dass die Stärke der LINKEN in Potsdam wachsen und ihre parlamentarische und außerparlamentarische Handlungsfähigkeit steigen wird.

*Günther Waschkuhn
Kreisvorsitzender*

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender, Alleestraße 3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

SPD, GRÜNE und LINKE unterstützen Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“

Gesundheitsminister Rösler will die Kopfpauschale durchboxen. Es wird also ernst. Es geht nicht mehr um Modelle, sondern um harte Fakten – es geht um unsere Gesundheit und um unser Geld. Rösler will, dass der Arbeitgeberbeitrag eingefroren wird. Das bedeutet: Die Versicherten sollen künftig alle Kostensteigerungen allein bezahlen – und dies mit „pauschalen Zusatzbeiträgen“. Rösler will also die Kopfpauschale einführen.

Das vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) initiierte Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopf-

pauschale“ hat eine breite politische Unterstützung bekommen.

Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei DIE LINKE folgen dem Aufruf des Bündnisses aus DGB und seinen Mitglieds-gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Jugend- und Frauenverbänden sowie Natur-, Migrantent- und Ärzteverbänden.

Kernkritik des Bündnisses ist die einseitige und unsoziale Belastung der GKV-Mitglieder durch das von der Bundesregierung geplante Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge sowie die Einführung

von Kopfpauschalen (einkommensunabhängigen Zusatzbeiträgen).

Die Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel (SPD), Claudia Roth (Bündnis90/Die Grünen) und Gesine Lötzsch (DIE LINKE) erklärten in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, dass die drei Parteien u.a. die Unterschriftenaktion gegen die aktuellen Pläne von Gesundheitsminister Rösler unterstützen.

Das Bündnis hatte alle im Bun-

destag vertretenden Parteien um Unterstützung gebeten. CDU und FDP haben abgesagt, eine Antwort der CSU steht bis heute noch aus.

Das Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ macht gegen die ungerechten Rösler-Pläne mobil. Wir wollen die gleichen Beiträge von den Arbeitgebern – volle Parität! Wir wollen die solidarische Finanzierung ausweiten und gute Leistungen für alle. In Zukunft Bürgerversicherung. Kopfpauschale stoppen. Mach mit! Dein Kopf zählt. Mehr unter www.stoppauschale.de

SPD in der Hartz IV-Falle

Die Falle ist geschickt aufgestellt und sie ist gefährlich. Sie ist gefüllt mit Bier und Zigaretten. Weil Schwarz-Gelb mit einem Trick (Herausnahme der statistischen Größe für Alkohol und Tabak) den neuen Hartz IV-Satz so heruntergerechnet hat, dass er nur um fünf Euro erhöht werden muss, gerät die SPD in Bedrängnis. Fordert sie jetzt einen höheren Regelsatz, wird sie die Koalition scheinheilig auffordern, auch zu sagen, wofür. Für Alkohol und Zigaretten etwa? Das könne doch nicht im Ernst SPD-Politik sein.

Schwarz-Gelb spekuliert darauf, dass auch die klassischen Wähler der SPD (gutverdienende Facharbeiter) nicht einsehen, warum der Staat Genuss- und Suchtmittel bezahlen soll und dass sich die SPD mit der Forderung nach höheren Regelsätzen deshalb selbst ins Knie schießt. So wie Sarrazin, dessen Thesen auch auf die klassische, nicht besonders ausländerfreundliche SPD-Traditionswählerschaft zielten.

Die SPD kann der Hartz IV-Falle kaum entkommen, es sei denn sie hätte die Kraft (und die öffentliche Unterstützung), die Diskussion wieder auf den Kern zu führen: Was ist menschenwürdiges Leben? Was braucht ein Mensch dazu? Ist der Vergleich mit dem Konsum der working poor, der Geringstverdienere, wirklich der angemessene Maßstab? Und: Wie kommen arbeitende Menschen aus der Armutsfalle?

CDU/CSU und FDP können dieser Diskussion vom bequemen Sessel aus zusehen. Denn unter ihren Wählern dürften keine Hartz IV-Empfänger sein. Schwarz-Gelb

hat den Konflikt ins Lager des politischen Gegners getragen. Das ist clever, ehrenwert ist es nicht.

Michael Berthold, Potsdam-Waldstadt

Der Wert der Bildung: 1,39 Euro

Man sollte aufhören, Nachrichten zu lesen. Das ist mittlerweile zu deprimierend geworden. Zum Beispiel diese Auflistung der Zusammensetzung des neuen Hartz-IV-Regelsatzes. Dort findet sich auch folgender Punkt: Bildung 1,39 Euro.

Jawohl. Ganze 1,39 Euro pro Monat ist die Bildung der Hartz-IV-Empfänger dem Staat wert. Wozu auch mehr ausgeben? Bei diesen Leuten handelt es sich ja auch nur um Leute, die schon längere Zeit ohne Job sind. Die können von Bildung ja sicher überhaupt nicht profitieren. Was bringt mehr Bildung schon für Nutzen bei der Suche nach nem Job? Und was die Kinder angeht, die brauchen noch weniger Bildung. Sind ja auch noch kleiner.

Darum kann man auch nur 8 Cent investieren (wenn sie jünger als 6 Jahre alt sind) und 1,16 Euro wenn sie zwischen 7 und 14 Jahre alt sind. Und die Teenager zwischen 15 und 18 Jahren - bei denen ists sowieso schon wurscht; die kommen auch mit 29 Cent für Bildungsausgaben aus.

Ich warte ja auf den Tag an dem mal ein Politiker merkt, dass Bildung fundamental ist; dass Investitionen in die Bildung ebenso fundamental wichtig sind - und dann auch noch entsprechend handelt!. Aber da kann ich wohl lange warten...

Was um Himmels Willen kann man mit 1,39 im Monat anstellen, bildungsmäßig? Für das Geld krieg ich noch nichtmal ne halbwegs vernünftige Zeitschrift. Selbst aufs Jahr gerechnet sind das nur 16,68. Was bekommt man dafür für Bildung? Immerhin gibt es für Kinder und Jugendliche nochmal 120 Euro extra pro Jahr für Bildung in Form von Sachleistungen. Aber selbst das ist eigentlich viel zu wenig. Bildung ist wichtig! Das sollte dem Staat auch etwas wert sein!

Horst M., Potsdam-West

Armutsgesetz von Armen abgeleitet

Ursula von der Leyen behauptet, die neuen Regelleistungen für Hartz-IV-Empfänger würden von ‚kleinen Einkommen‘ abgeleitet. Das erweckt den Eindruck, dass es sich bei der Referenzgruppe um Beschäftigte mit geringem Erwerbseinkommen handelt. In Wahrheit sind es die Ärmsten in der Gesellschaft, von denen nur die wenigsten einen Job haben. Das kann nicht die Grundlage zur Berechnung eines Existenzminimums sein.

Tatsache ist, dass nicht einmal 20 Prozent derjenigen, die die Referenzgruppe für die Berechnung der Regelleistungen für Erwachsene bei Hartz IV bilden, erwerbstätig sind. Dagegen sind in der Referenzgruppe über 20 Prozent Erwerbslose und 38 Prozent Rentner. Das heißt, die Regelleistungen werden hauptsächlich von armen Erwerbslosen und Rentnern abgeleitet. Bei dieser Grundlage der Berechnung ist es nicht verwunderlich, dass nur Armutsgelleistungen herauskommen.

Katja Kipping

(Fortsetzung von SEITE 1)

10 Jahre Integrationsgarten Am Schlaatz

Im Frühjahr 2000 wurde die „Geburt“ der „Botanischen Republik mit Grenzen aus Gras“ eingeleitet. Migranten und Einheimische krepelten die Ärmel hoch und erweckten eine Brache am Schlaatz zu neuem Leben. Der Integrationsgarten als Projekt der Selbstorganisation von Zugewanderten und Einheimischen begann zu wachsen und zu blühen und wurde bald ein Ort der Begegnung und des Austausches.

Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, ethnischen Hintergründen und sozialen Bindungen haben durch den Garten

Wurzeln geschlagen und ein neues Zuhause gefunden.

Der Übergang vom Garten in das Stadtviertel ist fließend. Kulturelle Einrichtungen, Schulen und Kindereinrichtungen liegen in direkter Nachbarschaft zum Integrationsgarten. Da liegt es auf der Hand, sich zu begegnen, Feste zu feiern, Projekte zu entwickeln und gemeinsam Neues auszuprobieren. So waren selbstverständlich die Kinder der Weidenhofschule zu Gast auf dem Jubiläumsfest. Das gemeinsame Herbstprojekt 2010 - „Anlegen eines Pfades der Sinne“ auf der Streuobstwiese - war ja Anfang

Oktober mit den Kindern der Weidenhofschule realisiert und eingeweiht worden.

Für die GärtnerInnen ist das Gelände mit dem interkulturellen Flair mehr als Ackerland. Die Gärten sind Lebenselixir. Die Lernenden sind hier zugleich Lehrende – das macht das Besondere des Gartens aus.

Und noch eine Besonderheit: Es ist vor allem auch ein Garten für Kinder, mit vielen Projekten und Veranstaltungen, in denen Märchen lebendig werden. Im „Grünen Klassenzimmer“ kann man quasi mit allen Sinnen auf Entdeckungsreise gehen.

Begeistert sind alle beim Backen im Lehmofen oder beim Kochen über der offenen Feuerstelle.

Regen Zuspruch hat der Internationale Schulgarten in Partnerschaft mit der Weidenhof-Grundschule. Und im Aufbau befindet sich ein „Bienen-Lehrgarten“ unter fachmännischer Betreuung einer Imkerfamilie.

Zehn Jahre Integrationsgarten am Schlaatz. Da heißt es auch Dank zu sagen all denjenigen, die in guten aber auch in schweren Tagen geholfen haben. Dank also diesen Freunden und Mitstreitern. (weiter auf Seite 7).

Neue Wege für Potsdam

Vorgestellt: Sascha Krämer kandidiert für den Vorsitz im Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam

„Auch das noch“, wehrt Sascha Krämer am Telefon ab, „ein Porträt von mir – muss das sein?“ Aber sicher. Schließlich sollen ja die Potsdamer wissen, wer da auf dem November-Kreisparteitag fürs Amt des Kreisvorsitzenden kandidiert. „Schreib doch, du kennst mich ja“, meint er. Doch was soll das werden? „Jung und trotzdem sehr verantwortungsbewusst, dynamisch und doch überlegt handelnd, spontan, doch kein Heißsporn, politisch konsequent doch bereit für kluge, vor allem faire Kompromisse“ – viel mehr könnte ich da beim ersten Anlauf nicht aufschreiben.

Da halte ich mich doch erstmal bei seinem tabellarischen Lebenslauf. Der 33-jährige diplomierte Politikwissenschaftler bringt doch schon eine Menge an politischen Erfahrungen mit aufs Tapet. Be-

der Partei DIE LINKE. Das wären ein paar Fakten aus seinem Lebenslauf.

Kommen wir jedoch zum diesjährigen OB-Wahlkampf in unserer Stadt zurück. Mit Entsetzen und sehr ernsthaft denkt der gebürtige Babelsberger speziell über die mangelnde Wahlbeteiligung nach. „Dass am Schlaatz letztlich nur 20 Prozent der BürgerInnen zur Wahl gingen, wobei das der Stadtteil mit den meisten sozialen Probleme ist, und deren Interessen im Rathaus besonders die Linksfraktion vertritt, war erschreckend“, so der 33-jährige. Und man könne das nicht allein mit der überall zitierten „Politiverdrossenheit“ erklären. Dem müsse sich auch DIE LINKE stellen. „Wir müssen noch deutlicher klar machen, für wen wir Politik machen wollen. Nicht um unserer selbst

den.“ Und dazu brauche er Jung und Alt in der Mitgliedschaft und im Vorstand der Kreisparteiorganisation.

Krämer sieht kein „Feindbild“ in der so genannten „Rathauskooperation“. Mit diesem Bündnis befindet sich die SPD in einer selbst gewollten babylonischen Gefangenschaft. „Potsdam hat mehrheitlich links gewählt“, betont er. Und diesem Fakt müsse in Zukunft mehr Rechnung getragen werden. Nicht nur die Sozialdemokraten schoben einen Berg an ungeklärten Fragen vor sich her. Auch DIE LINKE müsse ihrerseits Voraussetzungen schaffen, um politische Allianzen für linke, parlamentarische Mehrheiten möglich zu machen. Dieser Anforderung wird innerhalb der Partei häufig mit dem Verdacht begegnet, DIE LINKE solle in für sie essenziellen

Gespräche mit der hiesigen Sozialdemokratie ist seiner Ansicht nach gerade ein eigenständiges, selbstbewusstes, programmatisches und sozialistisches Grundverständnis innerhalb der Partei DIE LINKE.

So sieht Sascha Krämer den künftigen Weg der Potsdamer LINKEN. Patentrezepte habe auch er nicht aber die nötige Aufgeschlossenheit. „Die Menschen sollen unsere Visionen sozialer Gerechtigkeit kennen lernen.“ Vor allem deshalb solle die Kommunikation nach innen und nach außen verbessert werden. Das beginne mit der Kommunikation zwischen dem Kreisvorstand und der Fraktion im Rathaus. „Das ist übrigens auch ganz im Sinne von Hans-Jürgen Scharfenberg“, betont Krämer. Aber auch darüber hinaus kennt er „Hinz und Kunz“ in Potsdam, interessiert sich auch für andere politische Positionen – und vertritt die eigenen mit Leidenschaft.

Mit der nötigen Ruhe aber auch Konsequenz will er den Prozess anschieben, „wenn ich denn gewählt werde“, lächelt der junge Linke. „Nicht selber viel reden, sondern mehr zuhören und das Gehörte auch verarbeiten und ins Handeln einfließen lassen“ – das ist u. a. eine Devise von Sascha Krämer. Bei dieser Zurückhaltung schlägt wohl auch sein Faible fürs Schachspielen durch, meinen wir.

Und da sind wir abschließend noch beim „privaten“ Sascha Krämer. Lesen – besonders neuer, deutscher Literatur – ist zum Beispiel eines seiner Hobbies. „Hoffentlich komme ich in Zukunft noch dazu“, lacht er. Und Sport treibt er. Viel Spaß hat er am Radfahren. Und er ist in der Fußballmannschaft SG „Deutscher Bundestag“. Sein Kommentar dazu: „Auch hier lernt man Bündnisfähigkeit“, erklärt er. Ja, und schließlich ist der junge Mann seit Juli 2010 verlobt. So steht wohl auch die Gründung einer eigenen Familie auf seiner Agenda. Wir wünschen ihm bei Allem das richtige Augenmaß und vor allem auch den nötigen Spaß. -bm



kannt ist für Potsdam schon sein Engagement als Wahlkämpfer der LINKEN. Das erste Mal 2005, dann 2008 und 2009 und schließlich in diesem Jahr zur OB-Wahl. Vielseitige Erfahrungen und Kontakte sammelte er bei Praktika. So im Deutschen Städtetag Berlin, in der Handelskammer Hamburg in Berlin und in der Stadtverwaltung Potsdam. Für seine fachliche Qualifikation zeugt auch seine Arbeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro von Bundestagsabgeordneten

Willen sondern für die Menschen in der Stadt! Wenn die Bürger wieder spüren, dass wir wirklich für sie da sind, dann steigert das nicht nur das Interesse für Politik allgemein, sondern auch für linke Politik und vielleicht sogar fürs aktive Einmischen. Das muss unser Anspruch sein“, formuliert Sascha Krämer sein Ziel.

Mit dem neu gewählten Kreisvorstand will er einen „Aufbruch“ initiieren. Es gehe darum, „neue Wege in und für Potsdam zu fin-

politischen Fragen konsequente Positionen einem bloßen Regierungsbündnis opfern. „Tatsächlich käme derartiges nicht einmal offen auftretende Regierungsbefürworter in unserer Partei in den Sinn“, meint Krämer dagegen. Denn Voraussetzung für ein Bündnis für ein Potsdam für alle sei eben nicht die Preisgabe linker Identität und sozialistischer Positionen sondern die europäischen Erfahrungen des ausgehenden letzten Jahrhunderts. Unabdingbare Voraussetzung für

Wahlparteitag mit spannenden Themen

Spannend wird der 27. November für manchen Potsdamer Linken: Mit Günther Waschkuhn gibt ein erfahrener Politprofi den Kreisvorsitz ab, um den sich der ambitionierte Mittdreißiger Sascha Krämer bewirbt. Auch für die Mitstreiter im Kreisvorstand gibt es eine Reihe von Kandidat(innen), die Schwung und eigene Ideen mitbringen werden. Mit den Wahlen für Delegiertenmandate zum Landes-

parteitag und die Finanzrevisionskommission kann der „Partei-Tag“ ziemlich lang werden – wohl aber nicht langweilig. Denn schließlich gibt's zwischen den Wahlgängen eine Menge zu bereden und auch die nötige Zeit dafür.

Dazu gehört zum Beispiel die Frage, wie die Mitglieder der Basisgruppen in Potsdam zwei Jahre Rot-Rot in der Landesregierung bewerten. Interessant dürften

auch die Meinungen zu Wechselwirkungen zwischen Rot-Rot auf der Landesebene und der Zusammenarbeit in der Stadt sein, gerade nach dem harten Oberbürgermeisterwahlkampf. Gibt es Visionen, künftig für die Stadt und die Region Berlin-Brandenburg gemeinsam mehr zu bewegen? Zu klären ist auch, ob der Kreisverband mit seinen modernisierten Ortsverbandsstrukturen für künftige Aufga-

ben gut aufgestellt ist und wo möglicherweise korrigiert werden muss. Und kann die Debatte über ein neues Parteiprogramm Sympathisanten und vor allem wieder mehr Frauen für aktive Politik gewinnen?

Es gibt also viel zu reden und zu tun – wen es interessiert, der kommt am besten vorbei, hört zu, redet mit, denn Gäste sind immer willkommen!

- ed

KandidatInnen für den Kreisvorstand

In Vorbereitung des 3. Kreisparteitages der Potsdamer LINKEN, bittet der Kreisvorstand alle Genossinnen und Genossen, die für den neuen Kreisvorstand bzw. Kreisfinanzrevisionskommission kandidieren möchten, ihre Bewerbung beim Kreisgeschäftsführer abzugeben:
Schriftlich:
DIE LINKE KVB Potsdam,
Alleestraße 3, 14469 Potsdam
E-Mail:
Detlef.janson@dielinke-brandenburg.de
Kreisvorstand DIE LINKE
Potsdam

KassiererInnen gesucht

Der Kreisvorstand sucht 2 Genossinnen bzw. Genossen, die dienstags von 8.00 bis 12.00 bzw. 12.00 bis 16.00 Uhr die Kassenstunden übernehmen. Dabei geht es um die Abrechnung von Belegen (Einzahlungen und Auszahlungen), Führung des Kassenbuches sowie des Telefondienstes. Die Bewerber_innen sollen über Vorkenntnisse der Kassenführung verfügen, diese sind aber nicht zwingend notwendig. Keine Angst. Meldungen bitte tagsüber unter 0331 / 966 15 35 bei Detlef Janson, Kreisgeschäftsführer

Der „Vertrag von Potsdam“ 1805

November 1805

Das 19. Jahrhundert war fünf Jahre alt und der durch die Französische Revolution von 1789 hochgespülte Napoleon Bonaparte begann, nach europäischen Kronen zu greifen. So forderte er den Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. unter Friedensbeteuerungen mehrmals auf, sein Bundesgenosse zu werden. Doch der traute ihm nicht. Er befürchtete, ein Vasall Frankreichs zu werden. Aber auch ein Bündnis mit dem Zaren Alexander I., das ihm den Rücken gegen Napoleon gestärkt hätte, lehnte Friedrich Wilhelm ab – genauso wie ein Zusammentreffen mit dem Zaren. Nach Paretz zog er sich zurück und war – schlicht gesprochen – krank. Da wird wohl zutreffen, was Johann Gottfried Schadow über den König geschrieben hatte: „Er war immer trocken, zum Entsetzen langweilig und besonders unschlüssig. Er schrieb alles auf

und musste zum kleinsten Schritt gedrängt werden, weil er alles bezweifelte.“

Dann aber überschlugen sich die Ereignisse. Napoleon wurde vertragsbrüchig und ließ seine Truppen – ohne Friedrich Wilhelm vorher um Erlaubnis zu fragen – durch preußisches Gebiet marschieren. Damit überraschte er die Österreicher, seine Feinde, und besiegte sie bei Ulm. Im Zuge der allgemeinen Empörung über die Freveltat des Napoleon war es die Königin Luise, die ihren Mann aufforderte, nun doch ein Bündnis mit Russland einzugehen.

Am 25. Oktober 1805 traf Alexander I. in Berlin ein, enthusiastisch von der Bevölkerung gefeiert. (Nebenbei nur sei bemerkt, dass er der Namensgeber für den Berliner Alexanderplatz ist.) Es wurde eine herrliche Zeit. Ein Fest reihte sich an das andere, europäische Berühmtheiten ga-

ben sich die Ehre – es war das große Fest schlechthin vor Alt-Preußens Untergang im Jahre 1806.

Auch Potsdam als Residenzstadt preußischer Könige schrieb sich dieser Tage in die Geschichte ein. Am 03. November 1805 unterschrieb Friedrich Wilhelm III. im Potsdamer Stadtschloss schweren Herzens den „Vertrag von Potsdam“, der ein Bündnis mit Russland und Österreich für den Fall vorsah, dass Frankreich jemals wieder die Grenzen von Preußen verletzen würde. Das war – wie wir heute wissen – ein vergeblicher Versuch Alexander I., mit Hilfe Friedrich Wilhelm III. das Gleichgewicht in Europa gegen Napoleon wieder herzustellen.

Am Abend des 04. November 1805 bat Alexander I. seine Gastgeber um eine Gunst. Er, ein glühender Verehrer Friedrich II., wünschte am Sarkophag des

Preußenkönigs zu stehen. Friedrich Wilhelm III. befahl, die Hof- und Garnisonkirche mit Fackeln erhellen zu lassen. Dann begab man sich zu dritt – die Uhr schlug Mitternacht – in das Gotteshaus: Alexander I., Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise.

In der Gruft angekommen, fanden sich über dem Sarkophag Friedrich II. die Hände der Besucher zu innigem Druck. Und die Lippen hauchten einen Schwur von ewiger Freundschaft und Treue.

Dieser 04. November im Jahre 1805 war der Tag des letzten Zusammenseins des preußischen und des russischen Monarchen in Friedenszeiten. 1806 – während der Schlachten bei Jena und Auerstedt – ging Alt-Preußen im Kriege unter.

-rt

Ein Tropfen nur...

November 1830

Die Not war groß in Potsdam vor dem Winter 1830/31 und sie würde noch größer werden. Die Begüterten freilich hatten wenig zu befürchten. Doch ein Pflaster der Mildtätigkeit würde der Seele

gut tun. So setzten am 11. November 1830 die im „Verein für die Pflege-Anstalt“ vereinten – zumeist adligen – Damen aus Potsdam in das „Wochenblatt“ eine „Aufforderung zur Errich-

tung einer Anstalt zur Versorgung armer, kranker Familien mit Suppe während des bevorstehenden Winters“.

Denen, die da eine Suppe abbekamen, tat das gut, doch an

den Verhältnissen änderte sich dadurch nichts. Die Armut blieb – der nächste Winter mit seiner Not war mit Sicherheit zu erwarten.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit?

November 1890

Die Aktionen zum 1. Mai 1890 – erstmals hatte es international am gleichen Tag Aktionen der Arbeiterklasse gegeben – waren auch in Potsdam ein Erfolg gewesen. Gestärkt ging die Sozialdemokratie ihren Weg weiter. Das wurde auch auf der 1. Dele-

giertenkonferenz der sozialdemokratischen Partei des Regierungsbezirkes Potsdam am 30. 11. 1890 im Restaurant Feuerherdt (Zimmerstr. 2) deutlich. Um stärker an die Arbeitermassen und die breitere Öffentlichkeit heranzukommen, wurde

eine dreiköpfige Agitationskommission gewählt. Ihr gehörten Arthur Stadthagen, Wilhelm Werner und Julius Wernau an.

Inwieweit diese Kommission an der Ausgestaltung des Saales beteiligt war und ob sie daraus Schlüsse zog, ist nicht bekannt.

Die Losung verriet – gemessen an denen am 01. Mai – historischen Rückschritt. Sie lautete, eingerahmt von roten Fahnen: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.

Potsdam – Impulsgeber für den 1. FDGB-Kongress 1946

November 1945

Nachdem am 02. Mai 1933 die freien Gewerkschaften in Deutschland zerschlagen worden waren, lebten sie nach Kriegsende schnell wieder auf. Schon am 05. Mai 1945 bildete sich der Betriebsrat im Reichsbahnausbesserungswerk Potsdam, der erste in einem Potsdamer Betrieb. Am 12. Mai 1945 wurde in Werder/Havel der erste Ortsvorstand des FDGB in der Provinz Brandenburg gegründet. Die Mitgliederzahl im FDGB stieg rasch an. Bis zum 31. Dezember 1945 vereinigte der FDGB in sich 106.333 Mitglieder

in der Provinz Brandenburg. Eine ähnlich stürmische Entwicklung hatte es in den anderen Ländern und Provinzen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands gegeben. Um die vielfachen gewerkschaftlichen Aktivitäten zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Normalisierung des Lebens zu koordinieren, machte sich die Schaffung einer einheitlichen Leitung für die SBZ notwendig.

Die Initiative hierfür ging von Potsdam aus.

Am 21. November 1945 kamen Vertreter der Landes- und Pro-

vinzialausschüsse des FDGB der sowjetisch besetzten Zone in Potsdam, Schopenhauerstraße 27, zusammen und beriefen die Delegiertenkonferenz des FDGB für die sowjetisch besetzte Zone, den 1. FDGB-Kongress, ein. Franz Moericke, 1. Vorsitzender des Provinzialvorstandes Brandenburg des FDGB, wird zum Vorsitzenden eines Organisationskomitees berufen und zugleich beauftragt, Grundsätze für eine einheitliche Gewerkschaftsarbeit in der sowjetisch besetzten Zone als Entwurf zu erarbeiten.

Der fand vom 09. – 11. Februar 1946 in Berlin statt und wurde von Franz Moericke eröffnet.

Er beriet die Aufgaben des FDGB bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, die Verantwortung für den wirtschaftlichen Neuaufbau, für die Durchsetzung des Bestimmungsrechts, für die Erziehung zum Klassenbewusstsein und zur Solidarität. Aus der Provinz Brandenburg nahmen 53 Delegierte an diesem 1. FDGB-Kongress teil.

Kinder fahren doch noch nach Tallinn

Seit über 10 Jahren gibt es die multinationale Kunstschule „Integrazia“. Kinder aus verschiedenen Ländern der Welt spielen hier mit Hingabe und Leidenschaft Theater. Davon konnten sich auch die vielen Gäste des 21. Sommerfestes der LINKEN überzeugen, die mit Bewunderung und Begeisterung dem Spiel der Kinder zusahen.

Ihr Weihnachtsprogramm ist inzwischen ein echter Anziehungspunkt für Familien. Sie begeisterten die Besucher der Grünen Woche in Berlin.

Die Theatergruppe unter Leitung von Alice Keiler ist zu einer wirklichen Visitenkarte der Stadt geworden.

Ihr Engagement ist umso anerkennenswerter, weil sich das Projekt ausschließlich aus Spenden, Elternbeiträgen und gelegentlich durch Projektzuschüsse finanziert.

Im Spätsommer erreichte uns ein Hilferuf: Das Kindertheater war für den Oktober 2010 zum Internationalen Theaterfestival nach Tallinn eingeladen worden. Für die Teilnahme fehlte aber

das Geld. Die Fraktion hat reagiert, zunächst mit 200,- Euro aus ihren Spendenmitteln und dann mit einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung: Die Stadt solle die Teilnahme der Kinder am Internationalen Theaterfestival in Tallinn mit 2 T€ unterstützen.

Den Antrag haben wir am 14. September eingereicht.

In der Stadtverordnetenversammlung selbst erklärte die zuständige Beigeordnete Frau E. Müller den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt, da sie am 14. September (Zufälle gibt es!!!) 2.700 Euro für diesen Zweck überwiesen habe.

Im Ernstfall hat der Erfolg eben nach wie vor viele Väter.

Aber es ist ja auch egal, wie die Unterstützung durch die Stadt zustande kam. Hauptsache ist, dass die Arbeit der Pädagogin Frau Keiler und ihrer Kinder durch ihren Auftritt beim Internationalen Festival eine erneute Anerkennung gefunden hat.

Wir wünschen viel Erfolg.

S. Müller



Ramelow klagt in Karlsruhe

Der Linke-Politiker Bodo Ramelow hat beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen seine Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz eingereicht. Der Chef der Thüringer Landtagsfraktion und Ex-Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE greift damit die Entscheidung des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juli 2010 an, das die Beobachtung als recht- und verhältnismäßig einstufte.

Transparenz – ernstgemeint oder nur leere Worthülse!?

Seit etwa 10 Jahren ist die Einwohnerfrage einmal im Quartal fester Bestandteil der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Das Interesse, dort öffentlich der Verwaltung allgemein interessierende Fragen zu stellen, war und ist sehr groß. Im Wahlkampf versprachen alle Oberbürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten mehr Transparenz. Unsere Fraktion beantragte daher am 6.10.2010, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sowohl die Einwohnerfragen als auch die von der Verwaltung gegebenen Antworten ins Internet gestellt werden. Auch die Antworten auf die Fragen, die nicht in der Fragestunde beantwortet wurden, weil die Fra-

gesteller nicht persönlich anwesend waren, sollen sich dort wiederfinden. Die Veröffentlichung sollte wegen der Aktualität auch zeitnah erfolgen; d. h., Fragen und Antworten sollten am darauf folgenden Montag im Internetportal der Stadt Potsdam erscheinen. Aus dieser Verfahrensweise ergibt sich auch die Möglichkeit, dass Einwohnerinnen und Einwohner, die nicht die Möglichkeit oder sich bisher davor gescheut haben, in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu kommen, auch ihre Frage dort wiederfinden und die Antwort gleich dazu. Ich brachte den Antrag ein und hoffte, auch wegen der Wahlaussagen, auf eine zügige Behandlung dieses Tagesordnungspunktes und eine sofortige Beschlussfassung. Doch es

spann sich eine Diskussion um Vermutungen; Probleme wurden herbeigeredet, die den Verdacht aufkommen ließen, dass von Transparenz zwei Wochen nach der Stichwahl der eine oder andere nichts mehr wissen will. Es wurde spekuliert, dass in Zukunft keiner der Fragesteller mehr zur Fragestunde ins Rathaus kommen würde, wenn er die Antwort dann sowieso im Internet findet. Es gipfelte in der Vermutung, dass die EinwohnerInnen Potsdams die Stadtverwaltung mit Ihren Fragen überhäufen würden. Dabei ist in der Geschäftsordnung genau geregelt, wie viel und welche Fragen zur Einwohnerfragestunde zugelassen sind. Bei einer gut funktionierenden Verwaltung,

die sich ihren Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber öffnet, Transparenz und Bürgernähe zum Grundprinzip ihrer Arbeit macht, wäre diese Diskussion überflüssig. Da dies offensichtlich nicht der Fall ist, war unser Antrag gerade goldrichtig. Nun kann mir vorgehalten werden, dass diese Verfahrensweise in meiner Amtszeit als Stadtpräsidentin und Vorsitzende der SVV auch nicht Praxis war. Da gebe ich Ihnen recht und antworte Ihnen mit Hermann Hesse: „Die Praxis sollte das Ergebnis des Nachdenkens sein, nicht umgekehrt.“

Birgit Müller
Stellvertretende Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Aktivenkonferenz

Anmeldungen bitte an sekretariat@dielinke-brandenburg.de<mailto:sekretariat@dielinke-brandenburg.de>
Übernachtungswünsche bitte an die Landesgeschäftsstelle melden!
Landesgeschäftsführerin
DIE LINKE Brandenburg
Alleestr. 3
14469 Potsdam
E-Mail: lgf@dielinke-brandenburg.de<mailto:lgf@dielinke-brandenburg.de>
Tel. 0331-200090
Fax: 0331-2000910

Aktivenkonferenz der Brandenburger LINKEN

Am 19. und 20. November 2010 in Teltow

Die Zeiten ändern sich und wir uns in ihnen. Nach einem ebenso anstrengenden wie aufregenden Jahr in der Regierungsverantwortung, ist mit uns und der Partei einiges passiert. Anlass genug, einmal wieder ausführlicher über den Zustand unserer Partei zu reden. Dazu nehmen wir uns jetzt mal wieder Zeit. Wir möchten diskutieren, streiten und aus all dem

möglichst viele zukunftstaugliche Ideen gewinnen. Wir nennen so etwas „Aktivenkonferenz“ und laden dazu am 19./20. November 2010 ins „HOTELTOW“, Potsdamer Str. 53 in Teltow (www.hoteltow.de) ganz herzlich ein.

In der Vorbereitung dieses Wochenendes sind uns viele Fragen in den Sinn gekommen: Wie gehen

wir eigentlich miteinander um? Wie steht es um unsere Nachwuchsarbeit und der Übernahme von Verantwortlichkeit? Brauchen wir eine Landeszeitung oder sollen wir lieber mit ganzer Kraft in die Neuen Medien einsteigen? Oder sollen wir am besten beides gleichzeitig machen? Sind wir attraktiv genug, neue Mitglieder zu werben oder viel zu langweilig

für junge Leute? Wie steht es um das Verhältnis der Landtagsfraktion und der Partei in unserem Bundesland?

Auf der Aktivenkonferenz in Teltow möchten wir in lebhaften Workshops diese und andere, unsere Themen diskutieren.

Wir freuen uns auf euch.

Matthias Osterburg
und Maria Strauß

Gesundheitsminister Dr. Rösler spricht ...

... nicht, aber wir haben die Gründerin der bundesweiten Bürgerinitiative „Bürger-Schulterschluss e.V.“, Renate Hartwig, Autorin und Publizistin aus Nersingen, zu Gast.

Die Potsdamer Patienteninitiative „Bürger-Schulterschluss“ lädt ein zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Auswirkungen der Gesundheitsreform sowie die Hintergründe und Fakten einer missglückten Gesundheitspolitik.

Die Veranstaltung findet statt am Samstag, den 06.11.2010, um 13.30 Uhr im Thalia - Kino in Potsdam-Babelsberg, Rudolf-Breitscheid-Straße, direkt am S-Bahnhof.

Freiwilliger Unkostenbeitrag: 2.- Euro

Weitere Informationen über die bundesweite Initiative Bürger-Schulterschluss e.V. unter www.patient-informiert-sich.de, Kontakt zur Potsdamer Gruppe unter Buerger-Schulterschluss-Potsdam1@gmx.de.

Daten auf den Tisch – Lärmschutz sichern

Potsdam plant Bürgerversammlung zu BBI-Flugrouten

Fliegen, mit dem Flieger verreisen, wollen viele Mitbürger. Und einen modernen, neuen Flughafen wollen mindestens eben so viele. Doch wer will schon unter Fluglärm leiden. Bis dato brummen die Flieger in Richtung Schönefeld noch in reichlicher Höhe – zum Beispiel auch über der Potsdamer Waldstadt. Und viele Flieger sind's ja auch (noch) nicht. Doch wie wird es werden? Die Gerüchteküche brodelt und bringt Volkes Wille in Form von Bürgerinitiativen aufs Tapet.

Die Landeshauptstadt Potsdam ist in der Fluglärmkommission vertreten. „Ziel ist es, Flugrouten zu erhalten, die möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Potsdamerinnen und Potsdamer nach sich ziehen ohne dabei verstärkt Nachbargemeinden zu belasten,“ so die Stadt. Die Landeshauptstadt Potsdam möchte eine offene und sachliche Diskussion zu diesem Thema führen. Neben der Teilnahme an der Fluglärmkommission beabsichtigt die Landeshauptstadt Potsdam einen direkten Austausch mit den Bürgern und Vertretern der Bürgerinitiativen.

Gegenwärtig wird ein gemeinsamer Termin mit Mitarbeitern der Landeshauptstadt Potsdam sowie Vertretern der Fraktionen und Gruppen der Stadtverordnetenversammlung bei der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) abgestimmt, um über den aktuellen Stand der Flugroutenplanung direkt

informiert zu werden. Darüber hinaus organisiert die Landeshauptstadt Potsdam noch vor Ende November 2010 eine Bürgerversammlung, auf der das für die Festlegung der Flugrouten zuständige Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) sowie Fachleute der Ministerien (MIL, MUGV) für Erläuterungen und Fragen zur Verfügung stehen werden.

Nach aktuellem Kenntnisstand wurden durch die DFS bisher erste Grobentwürfe der Flugrouten geplant. Der Planungsprozess läuft gegenwärtig. Die Inkraftsetzung der endgültigen Flugrouten durch das BAF ist für An-

fang/Mitte 2012 vorgesehen. Auch der Landtag hatte dazu am 7. Oktober eine Aktuelle Stunde. Unter dem Titel „Flugrouten am BBI: Lärmschutz muss Priorität haben“ hat die rot-rote Koalition einen Entschließungsantrag eingebracht. Dazu erklärten die verkehrspolitischen Sprecherinnen von SPD und LINKE, Martina Gregor-Ness und Kornelia Wehlan: „Endlich verlässliche Informationen und einen breiten Dialog – das sind berechtigte Forderungen der betroffenen Bürger an die Deutsche Flugsicherung (DFS). Diese hatte eine Grobplanung für die Abflugrouten am künftigen BBI vorgelegt, die deutlich

von der abwich, wie sie dem Planfeststellungsbeschluss zu Grunde lag.“

Die Festlegung der Flugrouten liegt zwar ausschließlich in der Zuständigkeit der Bundesbehörden, dennoch sehen wir uns in der Pflicht, alles Erdenkliche zu tun, um die Lärmbelastung so gering wie möglich zu halten. Dafür ist ein transparentes Verfahren notwendig, das die Betroffenen einbezieht. Neben der Fluglärmkommission gehört dazu auch eine Diskussionsplattform für weitere interessierte Gemeinden und Bürgerinitiativen. Gesprächsbasis sind umfassende und verlässliche Informationen durch die DFS. Neben alternativen Planungen sowie ergänzenden Informationen erwarten wir auch eine nachvollziehbare Darstellung der jeweiligen Flugkorridore einschließlich der Flughöhen und der Fluganzahl. In die Ermittlung der Lärmbelastung müssen alle Kommunen einbezogen werden, die in einer Höhe bis zu 3000 m überflogen werden. Alle Betroffenen müssen jetzt wissen, nach welchen Kriterien die DFS über die künftigen Flugrouten entscheidet. Dies darf keine Hängepartie bis kurz vor Eröffnung des Flughafens BBI werden. Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung und der DFS nachdrücklich für eine stärkere Gewichtung der Lärmschutzaspekte einzusetzen.“



So niedrig wird wohl kein Flieger über Potsdam seine Bahn ziehen. Aber 1.000 bis 1.500 Meter Anflughöhe ist auch nicht vertretbar.

Gebäude sind nicht ideologisch!

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges, als deutsche Städte in Trümmern lagen, wurden in Potsdam und vielen anderen Städten Deutschlands die Überbleibsel Preußens gesprengt. In Potsdam hatte es Walter Ulbricht angeordnet. Es ging um neue moderne sozialistische Städte, deren Silhouette nicht von Kirchen und Preußischem geprägt sein sollte. Auch in Leipzig hatte man bei der Universitätskirche so entschieden. In Potsdam kam noch das antipreußische Moment hinzu. Es war ein Schlag gegen Preußen - einem Staat, den die vier Siegermächte per Dekret aufgelöst hatten. Dass mit der Sprengung von Gebäuden nicht der alte Geist vernichtet werden kann, wurde schnell klar.

Nun erleben wir in Potsdam ähnlichen Zeitgeist. Alles alte, was an ein anderes System erinnert, muss weg. „Undemokratische Bauwerke“ aus „kommunistischem Beton“ müssen Bauwerken weichen aus einem antidemokratischen, autoritären, absolutistischen und militaristischen Preußen. Um nicht hier nicht gleich als Preußenkritiker zerrissen zu werden - ja, das aufgeklärte Preußen hatte auch sein Positives. Dass es nicht nur um das Aussehen der alten Gebäude geht,



zeigt mir die Akzeptanz des IHK-Gebäudes, der Wilhelmallee oder des Bahnhofs.

Die Stadt Potsdam verändert sich, hat sich immer verändert und wird dies auch weiterhin so halten. Das ist normal. Doch was nicht normal ist - Potsdams Mitte entwickelt sich rückwärts. Anstatt studentisches und junges modernes Leben in der Innenstadt zu entwickeln, kleinteiliges Gewerbe oder bezahlbares Wohnen in der Mitte

zu fördern, bauen wir uns unser kleines schickes Residenzstädtchen wieder auf. Ein kleine, aber mächtige Lobby, versucht ihr Ideal zu errichten und vergisst dabei das Gros der Potsdamer Bürger. DDR-Gebäude werden abgerissen, weil sie nicht zum einstigen baulichen Glanz und Gloria Preußens passen. Das Aussprechen für den Erhalt dieser Gebäude ist keine Ostalgie, sondern ein Stück Freiheit, das ich mir im Umgang mit unserer eigenen Ge-

schichte genehmige, einer Geschichte, die auch zu diesem vereinigten Deutschland gehört.

Der LINKEN, die erst Gauck nicht zum Bundespräsidenten machte und nun nicht dem integrierten Leitbaukonzept zustimmte, wird nun mangelnde Vergangenheitsbewältigung vorgeworfen. Wenn es nicht so ernst gemeint wäre, dann könnte man nur darüber lachen. Weil man für eine lebendige und moderne Stadt ist, sich weigert dem Abriss eines Teiles von Potsdam zuzustimmen und weil man sich erdreistet, eine andere Meinung zu haben - hat man Probleme mit seiner Vergangenheit?

Ich trete für eine lebenswerte, tolerante, vitale, soziale gerechte und wirtschaftlich pulsierende Stadt ein, in der sich all ihre Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen können - ein Potsdam für alle. Ich möchte, dass Potsdam, eine Stadt mit einer wechselvollen Geschichte, auch eine Stadt mit Zukunft wird, in der Altes seinen Platz hat und Neues einen Platz bekommt, in der soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz gelebte Realität sind und nicht nur hohle Phrasen.

Sascha Krämer
DIE LINKE Potsdam

Lampionumzug in Waldstadt II



Schon traditionell veranstalteten die Kitas der Waldstadt II und der Breitband e.V. am Donnerstag, 21. Oktober, den alljährlichen Lichterfestumzug. Bei herbstlichem Wetter trafen sich die Kinder und Eltern an der Kita „Spatzenhaus“ in der Sonnentastraße. Das „Marschtempo“ bestimmten schwungvoll der Potsdamer Fanfarenzug, die Beelitzer Blasmusik und die Swing- und Jazzband „Alter Schwabe“. In Vorbereitung auf den Umzug konnten am Wochenende davor bereits Laternen im Kinderklub „Otto Nagel“ gebastelt werden. Und so ging dann der bunte und fröhliche Lampionumzug quer durch die Waldstadt II bis hin zur Kita „Zauberwald“ im Liefeldsgrund.

Potsdam verlieh das sechste Mal den Integrationspreis

Der Integrationspreis wurde 2005 von den Mitgliedern des damaligen Ausländerbeirates initiiert, von den Stadtverordneten unterstützt und beschlossen und mit einem Preisgeld von insgesamt 1000 Euro ausgestattet. „Mit der Auslobung des Integrationspreises verfolgt die Stadt das Ziel, besondere Leistungen auf dem Gebiet der Integration zu würdigen. Gute Beispiele gelungener Integration sollen alle Potsdamerinnen und Potsdamer zur aktiven, unterstützenden Beteiligung am Integrationsprozess von Migrantinnen und Migranten motivieren.“

Potsdamer Vereine, Initiativen, Privatpersonen, Schulen, Kindergärten, Betriebe und andere Organisationen wurden aufgerufen, sich um den Integrationspreis der Landeshauptstadt 2010 zu bewerben. Ganze zwölf Bewerber wurden eingereicht. Wir veröffentlichen an dieser Stelle die Preisträger des 1. und des 3. Preises, denn sie leben und wirken im Wohngebiet Am Schlaatz und darüber hinaus.

1. Preis: „Nachbarn leben miteinander - 1. Schlaatzter Nachbarschaftskonferenz“

Wie entwickelt sich ein vertrauensvolles, wertschätzendes

Miteinander in einem dicht besiedelten Wohngebiet? Mit dieser Frage hat sich das Projekt „Nachbarn leben miteinander“ auseinandergesetzt und einen



Irina Moisejeva ist stolz auf ihren Kohlrabi.

Prozess im Wohngebiet am Schlaatz in Gang gesetzt. Zuerst erfolgte eine Befragung durch ehrenamtliche Interviewer am Schlaatz: die Befragten wurden gebeten, aus ihren bisherigen positiven Erfahrungen mit ihren früheren und jetzigen Nachbarn zu berichten. Es wurde auch nach den Wünschen gefragt. 180 Befragungen haben die Interviewer von Januar bis Juni 2010 durchgeführt und diese ausgewertet. Die Erkenntnisse aus den Befragungen wurden für die folgende zweitägige Nachbarschaftskonferenz aufbereitet. Auf der Konferenz im Juni 2010 wurden in 11 Arbeitsgruppen zahlreiche Projektideen für das Wohngebiet erarbeitet. Man hat sich u.a. über die Verkehrslenkung, sportliche Aktivitäten, Nachbarschaftshilfe, Wohnumfeldverbesserung und die Gründung eines Gesprächsnetzes im Wohngebiet ausgetauscht.

Am Ende der Veranstaltung haben die Teilnehmer ihre Maßnahmenvorschläge, auf die sie sich geeinigt haben, vorgestellt und Unterstützer für die Phase der Umsetzung gesucht. Nach der Konferenz im Juni begann die Phase der Umsetzung der vereinbarten Ziele. Am 30. September 2010 gab es eine Folge-

konferenz, auf der das bis dahin Erreichte vorgestellt wurde.

3. Preis

„Grün bewegt – Integration am Schlaatz“ eingereicht vom Brandenburgischen Kulturbund e. V.

Vor gut 10 Jahren wurde der Integrationsgarten und internationale Schulgarten am Schlaatz in Trägerschaft des Brandenburgischen Kulturbundes e.V. gegründet. Seitdem wirtschaften Vertreter vieler Nationalitäten in diesem besonderen Garten - wo die Grenze zwischen den kleinen Parzellen nicht aus einem Zaun, sondern aus Gras besteht. Seit der Gründung des Gartens besteht eine aktive Zusammenarbeit der Gärtner mit den Schülern, Lehrern und Eltern der benachbarten Weidenhof-Grundschule. Die Schüler nehmen mit Freude an der Gartenarbeit auf ihrem Schulgarten-Grundstück teil, sie beobachten das Leben der Bienen, lernen Honig schleudern. Sie lernen auch die Pflanzen kennen, die die Gärtner des Integrationsgartens aus ihren Heimatländern mitgebracht haben. Die Schüler nehmen auch die kreativen Angebote im Garten, wie Papierschöpfen, vier Jahreszeiten oder Pfad der Sinne gern an. Vor der Schule wurde vor einigen Jahren eine Streuobstwiese angelegt. Später entstand zusammen mit den Schülern die Idee, auf dieser Wiese auch einen Naschgarten mit einer „essbaren Hecke“ und einen sogenannten „Überflusgarten“ anzulegen. Der Integrationsgarten fließt in das Wohngebiet am Schlaatz hinaus... und im Sommer 2010 entstanden die ersten kleinen Gartenparzellen auf dem Hof des Asylbewerberheimes am Nuthetal, am südlichen Ende des Wohngebietes am Schlaatz.



Viele Hände packen mit an im Integrationsgarten

„Die Schöne und das Biest“ im Treffpunkt Freizeit

Die Kinder proben für die Weihnachtsaufführungen und tanzen, singen, spielen voller Freude. Kartenreservierungen für die Vorstellungen sind per Email an karten@kmt-buntspecht.de möglich. Telefonisch erreichen Sie uns unter Tel.: 0331/8171934 immer montags und donnerstags von 10 - 13 Uhr. Zu anderen Zeiten können Sie eine Nachricht hinterlassen, wir rufen dann zurück.

Die Vorführungstermine sind:

Sa, 11.12. um 11 Uhr und 16 Uhr
So, 12.12. um 11 Uhr und 16 Uhr

Noch Restkarten gibt es für die Vorstellungen am

Do, 09.12. um 14 Uhr

Fr, 10.12. um 14 Uhr

Folgende Vorstellungen sind ausverkauft. Für diese gibt es nur noch Wartelisten, die ab Anfang November für nicht abgeholte Karten

nachrücken:

So, 05.12.

um 11 Uhr und 16 Uhr

Mo, 06.12.

um 10 Uhr und 14 Uhr

Di, 07.12.

um 10 Uhr und 14 Uhr

Do, 09.12. um 10 Uhr

Fr, 10.12. um 10 Uhr

Mo, 13.12. um 10 Uhr

Di, 14.12. um 10 Uhr

Die Karten kosten 4 Euro für Kinder und 10 Euro für Erwachsene. Bei Kindergruppen erhält pro 10 Kinder ein/e Erzieher/in eine Eintrittskarte zum Kinderpreis.

Fakten, Zahlen und Zitate zu Nichtwählern

„Wahlenthaltung ist weniger Ausdruck von Protest als von Desinteresse an Politik. Eine große Zahl von Bürgern meint, es sei nicht entscheidend, ob sie an der Wahl teilnehmen oder nicht.“ (Thomas Petersen, 22.07.2009, F.A.Z.)

Desinteresse (59 % der Nichtwähler, Allensbacher Umfragen): „Ist doch egal“, „Parteien sind eh alle gleich“, „interessiert mich nicht“, „keine Zeit, keine Lust“, „alles bleibt so“, „andere bestimmen weiter über mich“

Protestverhalten gegen Parteien und System (7 % der Nichtwähler, Allensbacher Umfragen): „das ganze System taugt nichts“, „in Wirklichkeit regiert die Wirtschaft“, „gewählte Parteien bekommen weiterhin Geld, die größten am meisten“

Zufriedenheit: „läuft auch ohne meine Stimme gut“, „kommende Legislaturperiode bringt direkt betreffende Gesetze und Steuerbestimmungen“

Die meisten Nichtwähler: Menschen, die sich wenig für Politik interessieren und vergleichsweise wenig politische Kenntnisse haben (oft junge Leute, gesellschaftliche Randgruppen, Mittelschichtler und junge Individualisten)

Ziel: Nichtwähler bewegen, die Partei zu wählen, die den eigenen Bedürfnissen nahekommt

Sympathischste Partei insgesamt und bei Nichtwählern laut Allensbach: CDU/CSU 38 – 23 %, SPD 28 – 31, FDP 9 – 12, Grüne 14 – 10, Linkspartei 10 – 16 Prozent. Nur für LINKE und FDP bei Nichtwählern deutlich mehr Sympathie als sonst, würden also von höherer Wahlbeteiligung profitieren

Unter www.wahlrecht.de: seit 1871 Männer über 25 Jahre seit 1919 Frauen erst seit 1970 ab 18 Jahre Wahlalter

Keine Kürzung/Streichung des Programms Soziale Stadt

Petition an den Deutschen Bundestag und alle politisch Verantwortlichen in Deutschland

Der Deutsche Bundestag möge darauf hinwirken, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nicht, wie geplant, die Mittel der Städtebauförderung und insbesondere der „Sozialen Stadt“ kürzt, sondern die Städtebauförderung auf dem bisherigen Niveau beibehält.

Das Programm „Soziale Stadt“ ist ein zentraler Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik des Bundes. Es richtet



seine Aufmerksamkeit auf städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligte Quartiere. Ziel ist es, problematischen Entwicklungen entgegen zu wirken und Städte und Gemeinden bei der Bewältigung der Folgen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels zu unterstützen. Die Aufgaben sozialer Stadtentwicklung sind vielfältig: Neben der Verbesserung des Wohnumfeldes, geht es insbesondere auch darum, Integration und sozialen Zusammenhalt zu fördern. Um diesem umfassenden Ansatz gerecht zu werden, verbindet das Programm bauliche Investitionen der Stadterneuerung mit Maßnahmen zur Förderung von Bildung, Beschäftigung und Integration. Auf fachübergreifende Kooperation ausgelegte, integrierte Entwicklungskonzepte sind die Grundlage dieses Stadtentwicklungsprogramms. So steht es auf der Webseite des Bundesbauministeriums.

Die Probleme in sozial benachteiligten Stadtvierteln sind nicht in den Städten entstanden, sie sind vielmehr Ausdruck jahrzehntelanger gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, die nur mit beharrlichem und kontinuierlichem Einsatz korrigiert werden können. An dieser Stelle den Rotstift anzusetzen, ist absolut kontraproduktiv. Eine Kürzung dieses Programms würde 350 Städte und Gemeinden mit fast 600 Quartieren in ganz Deutschland treffen: Großstädte, Mittelstädte und Kleinstädte. Das Spektrum dieser Städte reicht von München und Berlin bis nach Bottrop und Grafenwöhr.

Soziale Stadt retten!

Der integrative Ansatz des Programms „Soziale Stadt“ hat in den letzten 10 Jahren erheblich dazu bei-

getragen, die Abwärtsspirale abgehängter Quartiere zu stoppen und positive Entwicklungen anzustoßen. Zentrale Fragen der Gesellschaft wie die Integration und Bildung werden in diesen Quartieren zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern bearbeitet. Integrationsprojekte wie die Stadtteilmütter, Bildungszusammenschlüssen

der „Sozialen Stadt“ entstanden und wären durch die beabsichtigten Kürzungen bedroht.

Bürgerengagement weiter fördern!

Das ehrenamtli-



che Engagement zahlreicher Bewohner, Eigentümer und Gewerbetreibender bei der Gestaltung ihrer Nachbarschaften wird durch die radikalen Kürzungspläne bedroht. Dieses Engagement hat gezeigt, dass der Einsatz staatlicher Gelder durch die Mitarbeit

der Bürger wesentlich effektiver und erfolgreicher wird und für den Ausbau sozialen Zusammenhalts in benachteiligten Quartieren unerlässlich ist.

Städtebauförderung fortführen!

Die unterschiedlichen Programme der Städtebauförderung leisten einen wichtigen Beitrag bei der sozialen Stadtentwicklung der Städte. Eine gravierende Kürzung in einem Programm, das in erster Linie kein Subventionsprogramm, sondern eine gezielte Investitionsförderung darstellt, erscheint völlig unverständlich. Die Fortführung dieser Programme ist für die Weiterentwicklung kleiner wie großer Städte unverzichtbar.

Mehr unter www.sozialestadt2011.wordpress.com

Anne Wispler, Berlin, im Namen aller Unterzeichner.

Petition unterzeichnen unter <http://www.openpetition.de/petition/zeichnen/keine-kuerzung-streichung-des-programms-soziale-stadt>

Wahlnachschlag im „Netz gefischt“

„Nationale Front“ mal anders...

Ist doch mal „Fortschritt“. Wie gehabt, die „Vorzeigedemokraten“ haben sich auf alte Tugenden aus DDR-Zeiten besonnen und haben die „Nationale Front“ wiederbelebt. Getreu nach dem (etwas abgewandelten) Spruch, „Einer für alle, alle auf Einen“ fühlen sich neue und alte Mitglieder wieder einig auf Linie gebracht. Irgendwelche Ähnlichkeiten mit angeprangerter Geschichte sind wohl nur zufällig. Alte Mitglieder von FDP und CDU sowie Seitenwechsler in der SPD müssen sich ja so richtig heimisch fühlen. So bekommt das Wort „Demokratie“ doch gleich den Stellenwert von vor 20 Jahren zurück, denn so „demokratisch“ ging es auch in der DDR zu. Verschiedene Parteien ziehen an einem Strick! Muss sich da ein Wähler dieser Parteien nicht eigentlich vollkommener verarscht vorkommen? Der CDU -Wähler als heimlicher SPDler. Warum werden dann vorher Scheinwahlen durchgeführt? Da können doch gleich alle für einen Stimmen, das erspart doch den zweiten Wahlgang und eine Menge Kosten. Wie die erste Wahl ausgeht, war doch schon vorher klar.

Also was soll dieses Spiel? Diese Mächteternparteien, die in Potsdam nur marginale Stimmenanteile haben, kann man doch gleich der SPD einverleiben. Das erspart langwierige Sitzungen im Stadtparlament und führt, eventuell, zu kurzen und schnellen Entscheidungen. Man muss schon davon ausgehen, dass die sogenannte Oppositionsarbeit nur Scheingefechte sind, die das Bild von demokratischen Verhältnissen nach außen wahren soll. Nach innen werden gemeinsame Partys gefeiert und der dumme Wähler

belächelt. Also merke: Wähle CDU, FDP, Grüne und du bekommst SPD. Geile Demokratie!
-indijana

Der Bürger wird vorgeführt

Es ist eine Verhöhnung der Bürger, was sich in Potsdam zunehmend abspielt: kapitalstarke fremde Minderheiten bestimmen über das Leben in unserer Stadt und verdrängen den Potsdamer.

Aus dem Wählerverhalten ergibt sich ein eindeutiger Auftrag für Herrn Jakobs: SPD- und Linke-Wähler im Interesse der Stadt zu vereinigen. Das wäre die Mehrheit, nicht aber die bereits durch Postenschacher geköderten Hilfspunkte CDU oder gar FDP. Sollen tatsächlich wiederum die durch den Bürger Abgewählten die Stadtentwicklung auf Gutsherrenart bestimmen?

Herr Jakobs fällt damit eigennützig nicht nur dem Bürger, sondern auch seiner eigenen Partei, seinem Parteivorsitzenden und der Landesregierung in den Rücken.

Pfui – so wird in Potsdam jede Wahl zur Farce.
-angler

Bürgerwille untergraben

Jetzt kann man mal sehen, wie verlogen die CDU und die FDP sind. Wenn es darum geht, den Bürgerwillen zu untergraben, sind sich diese Parteien für nichts zu schade. Oder hat der ... OB Jakob vielleicht was angeboten? Fakt ist doch, dass sich mit Jakobs in Potsdam nichts ändern wird, weil der nur sein blödes Schloss im Kopf hat. Kitas und Schulen sind dem doch sch...egal. Gute Nacht, Potsdam

-holger

Eine Geschichte von Liebe und Verlusten

Gedanken zum Buch von Heye/Dalichow: „Wir wollten ein anderes Land“

Endlich einmal ein Buch, das die DDR nicht „in den Boden stampft“, aber auch nicht trotzig über den grünen Klee lobt! Die sehr persönliche Rückschau der Potsdamerin Bärbel Dalichow auf ihre Kindheit und das Erwachsenwerden in einer Funktionärsfamilie mit prominenten Eltern wird unterbrochen von Erklärungen des Beobachters aus „dem Westen“: „Diejenigen, ..., die sich für die Idee der DDR wund gerieben haben, bis ihre Hoffnung starb, sind unsichtbar geworden. Für sie scheint in der kollektiven Erinnerung der Deutschen kein Platz zu sein. Und gerade deshalb gilt es, ihre Geschichten zu erzählen, ihnen gerecht zu werden.“

Die Erinnerungen der heute über Fünfzigjährigen erlauben einen Blick durch ein Schlüsselloch, auf einen kleinen Ausschnitt DDR-Geschichte, wie sie für dieses eine Leben wirklich war. Dalichow opponiert „gegen die verlogene Semantik in der DDR“ und sieht „neue Schlagworte im vereinten Deutschland“ nicht weniger kritisch. Anders wäre sicher die Sicht der Mutter, des Vaters oder der Geschwister. Und ganz anders muss der Blickwinkel



des Mannes sein, der die Erinnerungen an ein Land zusammenfügt, in dem er selbst nur ein Jahr (bis 1950) gelebt hat. Umso bemerkenswerter scheint es, mit wieviel Respekt SPD-Mann Uwe-Karsten Heye mit den Menschen umgeht, die für die DDR gelebt haben: „Der Neuanfang war notwendig, und sie wollten

dabei sein. ... (Aus dem) Grauen über den Mörderstaat, der hinter ihnen lag, ... zogen sie die Gewissheit, ein für alle Mal, das andere, das neue, das antifaschistische Deutschland bauen zu können, das gegen jede imperialistische Versuchung gefeit sein würde.“ So feinfühlig und sachkundig wurde in den vielen

Rückblicken anlässlich des Mauerfalls selten berichtet. Er empfindet die Begeisterung nach, mit der in der Nachkriegszeit die damals jungen Leute wie die Dalichow-Eltern sich an den Aufbau machten, begleitet das schmerzliche Ringen um ihre Ideale inmitten alltäglicher Konflikte und Enttäuschungen manchmal mit mehr Verständnis, als es die unmittelbar betroffene Tochter kann. Und doch berührt gerade ihre Verletztheit, wenn sie schildert, wie sie die Aufmerksamkeit ihrer warmherzigen Mutter immer wieder mit deren Arbeit als Oberbürgermeisterin teilen muss, oder wie sie ihren klugen, starken Vater bis heute als unerreichbar empfindet.

Am Ende mag man sich fragen, ob das politische Pflichtgefühl von der Familie nicht einen zu hohen Preis gefordert hat, vielleicht auch, ob der weibliche Pragmatismus besser mit Enttäuschungen fertig wird als der geradlinige männliche Idealismus. Das Autorenteam schenkt uns Lesern eine Geschichte von Liebe und Verlusten „im Osten“, typisch Potsdam – und doch ist es ein Buch für hier und heute. -ed

Zitiert

„Wer in der DDR staatsnah war, sollte in diesem Land keine zweite Chance bekommen, und staatsnah war schon jeder DDR-Bürger, der nicht als Partisan in den Thüringer Wald ging, um mit der Waffe in der Hand gegen das Politbüro zu kämpfen.“

LINKE-Chefin Gesine Löttsch in der Debatte des Bundestages zur Deutschen Einheit

Trauerspiel um Theater in Halle

Heimlich still und leise will Halle an der Saale sein Kinder- und Jugendtheater abschaffen. Ein Theaterhaus voll Geschichte und Geschichten. Ein Spielplan so nah an der Heimatregion des Theaters, dass die Schließung mit dem Wort FREVEL wohl kaum kommentiert ist. Ein wahres Trauerspiel!!!

Zeigt Gesicht und helft uns, den kleinen Aufstand zu proben:

www.openpetition.de/petition/gezeichnet/schliessung-thalia-theater-halle-saale

Ein Haus am See für Kinder:

Ausstellung über das „Pionierhaus Erich Weinert“

Wer sich noch ansehen will, was im Treffpunkt Freizeit zu DDR-Zeiten los war, der muss sich allmählich beeilen: Das Haus öffnet die Ausstellung über das damalige „Pionierhaus Erich Weinert“ in Potsdam zum letzten Mal am 26. November für Besucher. Hier können Interessierte jeden Freitag von 14 bis 18 Uhr zahlreiche Objekte sehen und zum Teil sogar anfassen, die Geschichte(n) vom Pionierhaus erzählen. Vom Pionierfilm bis zum Theaterkostüm zeugen diese Dinge von den vielen Stunden, die Kinder in verschiedensten Arbeitsgemeinschaften und bei Veranstaltungen in ihrer Freizeit hier verbrachten. Archivboxen mit Original-Fotos und Zeitungsartikeln laden zum Stöbern ein, auch eine Filmschachtel mit einem Streifen Zelluloid und ein alter Bauplan sind noch da.

Die Ausstellung ist für Besucher immer freitags von 14 bis 18 Uhr für Publikum geöffnet, und zwar am 5., 12. und 26. November. Sie wendet sich aber auch ausdrücklich an Grundschulklassen, die



hier an einem Projektvormittag die komplette Ausstellung vom Matheklub bis zur Tanz-AG erkunden können. Hier erfahren sie, womit sich die Kinder in ihrem Alter zu DDR-Zeiten jenseits der Computer und i-pods beschäftigt haben, was sie interessiert und worauf sie stolz waren. Anschließend haben die

Grundschüler Gelegenheit, die Geschichte des Pionierhauses zu erforschen. Dazu gehört auch das traurige Kapitel von Verkaufsplänen, das die Stadt vor wenigen Jahren schrieb und das glücklicherweise durch eine breite Protestwelle der Potsdamer beendet werden konnte. Wenn die Schüler ihre Neugier befrie-

digt haben, stellen sie zum Schluss ihre Ergebnisse vor. Für einen Projektvormittag über drei Stunden montags bis donnerstags 9 bis 12 Uhr kann man sich anmelden unter 0331-50 58 60 23, schneider@treffpunktfreizeit.de.

-ed

(nach www.treffpunktfreizeit.de)

Volkszählung 2011

Der Landtag hat das „Zensus-Ausführungsgesetz“ beschlossen. Damit wird die rechtliche Grundlage für die am 9. Mai 2011 stattfindende Volkszählung (Zensus) geschaffen. Diese Volkszählung ist von der Europäischen Union verbindlich vorgeschrieben und soll verlässliche Zahlungen über die Bevölkerung erbringen, um eine Grundlage für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zu haben. Dem Datenschutz ist dabei ausreichend Rechnung getragen, insbesondere erhalten die Verwaltungen diese personenbezogenen Daten nicht zurück, um so evtl. eigene Daten abzugleichen. Die Volkszählung findet zum größten Teil registergestützt statt. Dies bedeutet, dass die statistischen Methoden es gestatten, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung einen Bogen auszufüllen braucht.

Biologische Vielfalt

Der Verlust an biologischer Vielfalt ist neben dem Klimawandel die größte globale Umweltgefährdung und führt zu Wirtschafts- und Wohlstandsverlusten. Dieser Einschätzung der EU-Kommission schließt sich die Landesregierung in Beantwortung einer Großen Anfrage an. Das Ministerium von Umweltministerin Anita Tack (DIE LINKE) führt 14 Schwerpunkt-Maßnahmen auf, mit denen der weitere Rückgang der Artenvielfalt gestoppt werden soll. Dabei spielen unter anderem Agrar-Umweltprogramme und die Einführung einer naturschutzfachlichen Landwirtschaftsberatung eine wichtige Rolle.

Finanzminister Markov (DIE LINKE) zu den Haushaltsberatungen des Landtages (gekürzt)

Sparen und soziale Verantwortung wahrnehmen

Zum Beginn der Haushaltsberatungen des Landtags für 2011 erklärte Finanzminister, Dr. Helmut Markov: „An der Schwelle zum dritten Jahrzehnt unseres Bundeslandes liegt es in unserer Hand, dafür zu sorgen, dass Brandenburg ein Land wird, das hauszuhalten versteht und seine Mittel klug zu investieren weiß, das nicht über seine Verhältnisse lebt, seinen Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird, ihnen Lebensperspektiven eröffnet und ihre Lebensleistungen würdigt.“ Die finanziellen Mittel werden dramatisch zurückgehen, die Ausgaben müssen im Vergleich zu 2011 um rund 12 Prozent sinken. „Wir müssen uns selbst helfen!“, appelliert der Minister und bezeichnet den Haushalt 2011 als ersten Schritt eines Haushalts unter den Bedingungen einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise.

Daher seien bei den Ausgaben Prioritäten im Interesse einer zukunftsfähigen Entwicklung des Landes zu setzen und die Einnahmen zu erhöhen. Markov fordert Kreativität und neue Wege in allen Bereichen – Politik sei mehr als die Verteilung finanzieller Mittel.

Zukunftsfähig durch Prioritäten bei Bildung und Arbeit

Allein von 2010 zu 2011 sinken die Ausgaben laut Planung von 10.064,9 um 446,6 Millionen Euro. Trotz Investitionskürzungen liegt die Quote mit 17 Prozent über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder (16,5%), aber auch der westdeutschen Flächenländer (9,4 % - ohne Schleswig-Holstein). „Wir bewegen uns damit in Richtung Normalisierung und nicht – wie die schwarz-gelbe Opposition konstatiert – auf dem Weg zum Untergang“, unterstreicht Markov. Brandenburg habe eine gute Infrastruktur aufgebaut, deren Werterhaltung die Zukunft bestimme. Mehr Mittel werden gemäß der Koalitionsvereinbarung für Bildung, Schulen und Kitas sowie für die Finanzierung von Arbeit eingesetzt. Dazu gehören ein besserer Kita-Betreuungsschlüssel, die bundesweit vorbildliche Schüler-Lehrer-Relation sowie das Schüler-BAföG. Über das Programm „Arbeit für Brandenburg“ haben seit Juli 707 Langzeitarbeitslose Arbeit im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gefunden, 707 Menschen, denen wieder



Mut gemacht werden konnte. Dennoch senkt das Land schrittweise die jährliche Neuverschuldung um 150 Millionen Euro. Dazu müsse der Personalbestand im öffentlichen Dienst mit Augenmaß ohne betriebsbedingte Kündigungen verringert werden, ohne die öffentliche Daseinsvorsorge zu gefährden.

Handlungsfähige Kommunen für soziale Entwicklung

Stabilität erfordert laut Finanzminister neben der Sparpolitik aber auch höhere Einnahmen. So plant Rot-Rot einen Anstieg der Grunderwerbsteuer mit 30 Millionen Euro Mehreinnahmen.

Damit kann die Finanzausgleichsmasse 2011 um 10 Millionen Euro erhöht, der Schuldenmanagementfonds für Wasser- und Abwassermaßnahmen soll befristet wieder eingeführt werden. Der Entwurf für das Finanzausgleichsgesetz wurde vorab unter anderem mit den kommunalen Spitzenverbänden intensiv diskutiert, um die Schlüsselzuweisungen so zu verteilen, dass trotz enger Spielräume die Kommunen handlungsfähig bleiben. Die Zuweisungen für die kreisfreien Städte steigen 2011 um annähernd 9,4 und für die Landkreise um fast 9,6 Millionen Euro, während sie für die kreisangehörigen Gemeinden insge-

samt gleich bleiben. Damit sollen vor allem die wachsenden Sozial- und Jugendhilfeaufgaben aufgefangen werden. Stolz verweist der Finanzminister darauf, dass das Land laut erstem Stabilitätsbericht auf dem richtigen Weg sei – alle Kennziffern lägen „im grünen Bereich“. Der Koalitionsvertrag werde umgesetzt, man bleibe auf dem Pfad „Ein Brandenburg für alle“, in dem Solidarität und Zusammenhalt zählen. Das bedeute Erneuerung mit Gemeinsinn für Lebens-, Bildungs- und Aufstiegschancen: „In Brandenburg zeigen wir, dass man trotz geringer werdender Mittel soziale Entwicklungen befördern kann!“

So geht sozial gerecht:

Millionärsteuer einführen: Privatvermögen ab einer Million Euro sollen mit fünf Prozent besteuert werden. Karl Albrecht, Eigentümer des Discounters Aldi Süd, müsste bei einem geschätzten Vermögen von mehr als 18 Milliarden Euro rund 900 Millionen Euro Millionärsteuer zahlen. Insgesamt ließen sich so bei Superreichen 80 Milliarden zusätzlich einnehmen.

Banken- und Versicherungsabgabe nach US-Vorbild realisieren: Alle privaten Finanzinstitute, die direkt oder indirekt von Staatshilfen profitiert haben, sollen wie in den USA für mindestens zehn Jahre eine Sonderabgabe von 0,15 Prozent zahlen. Insgesamt brächte diese Sonderabgabe mindestens neun Milliarden Euro.

Erbschaft- und Schenkungsteuer reformieren: Große Erbschaften sollen stärker als bisher besteuert werden. Für alle Erben soll dann zudem der gleiche Tarif gelten. Wer über drei Millionen Euro erbt,

muss mindestens 1,6 Millionen Euro Steuern zahlen. Damit durchschnittliches Wohneigentum nicht von der Erbschaftsteuer betroffen ist, gilt für alle Erben ein Freibetrag von 150.000 Euro, der sich in vielen Fällen sogar verdoppelt. Mehreinnahmen: sechs Milliarden Euro.

Finanztransaktionssteuer durchsetzen: Allein an der Börse werden jeden Tag Werte von mehr als 6000 Milliarden Euro gehandelt, ohne dass hierfür Steuern fällig werden. Zukünftig soll der Handel mit Wertpapieren, Derivaten und Devisen mit 0,05 Prozent besteuert werden. Ein Fonds mit einem Jahresumsatz von zwölf Milliarden Euro müsste sechs Millionen Euro Finanztransaktionssteuer zahlen. So könnten Einnahmen von bis zu 27 Milliarden Euro erzielt werden.

Konzerne stärker besteuern: Die Steuersenkung der letzten zehn Jahre für Unternehmen sollen

zurückgenommen werden, beispielsweise die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen. Darüber hinaus soll der Körperschaftsteuersatz wieder auf das Niveau von 2008, also auf 25 Prozent angehoben werden. 34 Milliarden Euro könnten so bei Konzernen eingetrieben werden.

Spitzensteuersatz anheben, kleine und mittlere Einkommen entlasten: Kleine und mittlere Einkommen bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 70.000 Euro sollen entlastet werden. Der Spitzensteuersatz soll auf 53 Prozent angehoben werden. Wer 500.000 Euro im Jahr verdient, müsste etwa 40.000 Euro Einkommensteuer zusätzlich zahlen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Jahresbruttolohn von 28.000 Euro hätten rund 1000 Euro netto mehr im Jahr. Die Reform der Einkommensteuer führt nicht zu zusätzlichen Steuereinnahmen, aber zu mehr Steuergerechtigkeit.

Danke an Otto Wiesner zum Hundersten

Es sind über 60 Jahre her, dass mir Otto Wiesner bekannt ist. Wenn ich sagen würde, dass wir uns schon so lange kennen, wäre das nicht richtig, denn die ersten Begegnungen fanden in meiner Kindheit statt und waren flüchtige Augenblicke.

Das war in den Jahren, nachdem am 7. März 1946, eine neue Jugendorganisation – die Freie Deutsche Jugend – gegründet worden war. Eine antifaschistische Vereinigung aus jungen Menschen der unterschiedlichsten politischen und religiösen Richtungen. Sie wollten helfen, ein neues friedliebendes Deutschland aufzubauen. Diese Gedanken sollten frühzeitig auch die oftmals von Kriegserlebnissen traumatisierten Kinder erreichen. Es wurde die Kindervereinigung – Vorläufer der Jungen Pioniere – gegründet, deren Mitglied ich wurde.

Der Sommer 1948 war nicht nur warm, sondern auch ereignisreich. Insgesamt erhielten etwa 50 Kinder aus unserer und aus Potsdamer Schulen, die der Kindervereinigung angehörten, die Möglichkeit, einen Teil ihrer Ferien in der Schorfheide zwischen dem Buckow- und Üdersee zu verbringen.

Dort stand es, unser zeitweiliges Zuhause. Ein romantisches Försterhaus ohne Wasser und Elektroanschluss. Die Schlafstätten für die Jungs und Mädchen glichen sich – Strohschütten, mit Decken belegt. Für uns war es wie im Paradies – eine sagenhaft friedliche Umgebung verdrängte das Trauma der Bombennächte. Zugleich lernten wir ein Stück Demokratie kennen. Historiker haben später geschrieben, dass wir das erste „Kinderparlament“ gebildet haben, denn das Programm für die Zeit unseres Ferienlagers bestimmten wir selbst. Warum ich das erzähle? Weil Otto Wiesner als Jugendfunktionär im Land Brandenburg dieses Ferienlager mit initiiert hatte.

Lieber Otto. Damals besuchtest Du uns. Es war für die meisten die erste Begegnung mit einem Menschen, der in den verschiedensten Konzentrationslagern Bitteres erlebt hatte, weil er Widerstand gegen den Hitlerfaschismus geleistet hatte. Ich erinnere mich noch an einen Nachmittag, als uns ein nicht sehr groß gewachsener, humorvoller Mann besuchte. Wenn er lachte, war er jung, jugenhaft. Sprach er über seine Zeit in den Konzentrationslagern Sachsenhausen oder Mauthausen, wurde er sehr ernst, alterte vor unseren Augen. Es schien, als ob die erlittene Pein, die Erniedrigung und der Hunger in den Körper zurückgekehrt waren. Dieser Mann warst Du, lieber Otto.

Hier und da begegneten wir uns



auf Jugend- und anderen Veranstaltungen. Ab und an kamst du zu uns in die Redaktion der „Märkischen Volksstimme“, und wir staunten über deine Liebesgedichte ...

Als Schriftsteller bist du in die Potsdamer Geschichte und deren Goldenes Buch eingegangen. Ein Antifaschist!

Die so genannte Wende machte dich gewissermaßen zum fliegenden Buchhändler, denn in den Buchhandlungen waren deine Bücher wie die von vielen anderen nicht mehr gelistet. Ich erinnere mich noch an das Gewimmel an deinem Buchstand an jedem 1. Mai und auf vielen anderen Veranstaltungen. Die meisten wollten nicht nur kaufen, sondern auch ein Autogramm und suchten den Gedankenaustausch mit Dir. Du hattest also vollauf zu tun, wie man so sagt. Ich bin dir dankbar, dass du trotzdem ein Auge und Zeit für die Jüngeren hattest. Auch für mich. Als ich 1999 auf dein Anraten mit meinen ersten Leseheften zum PDS-Sommerfest in den Park Babelsberg kam, nahmst du mich unter deine Fittiche, legtest deine Bücher etwas enger, so dass wir zu Standnachbarn werden konnten. Danke, das tat gut und war eine Ehre.

Mit Dankbarkeit erinnere ich mich wie viele andere an Dich und wir sind traurig, seit 2006 auf einen geradlinigen Freund und Ratgeber verzichten zu müssen. Auch auf dein Lachen, das so verschmitzt sein konnte.

Heiterkeit kommt auf, wenn ich an einen Sommertag kurz nach Deinem Geburtstag denke. Wir standen an der Haltestelle am Luisenplatz und witzelten über das sehr farbenfrohe Hemd, das Dir Deine Kinder zum Geburtstag geschenkt hatten. Es erregte die Aufmerksamkeit vieler. Du nahmst es fast spitzbübisch zur Kenntnis und warst wieder so herrlich jung wie damals, als du zu uns Kindern in die Schorfheide gekommen warst. Du hast dich diebisch über jeden gefreut, der dich – den kleinen großen Mann – in dem Hemd bemerkte und bewertete.

Als wir 2007 zu den Gedenkfeierlichkeiten in Mauthausen waren, und uns unser österreichischer Freund Prof. Gstettner, Erziehungswissenschaftler in Klagenfurt, begleitete, konnte er uns Ergebnisse studentischer Forschungen zeigen. Jahrzehntlang schien es für immer ein Geheimnis zu bleiben, wo die Gebäude genau standen, in denen Du mit vielen anderen für die deutsche Rüstungsmaschinerie Sklavenarbeit leisten musstest.

Prof. Gstettner und seine Studenten entdeckten fast durch einen Zufall die Fundamente gegenüber von dem berüchtigten Steinbruch. Fast war es der Natur gelungen, die Spuren der Vergangenheit mit neuem Grün auf ewig zu verdecken. Den Studenten ist es zu danken, dass sie gefunden wurden. Sie forschen weiter, um neue Erkenntnisse über die grausige Vergangenheit des KZ Mauthausen ans Licht zu bringen.

Lieber Otto, ich möchte Dir zu Deinem 100. Geburtstag sagen: Ich habe von Dir so manches fürs Leben gelernt. Habe Dank dafür.

Helga Bornstädt

An diesem warmen Sommertag hast du im übertragenen Sinne es allen auf deine Weise gesagt: Man muss im Leben Farbe bekennen – egal, ob das dem oder den anderen passt oder nicht! Obwohl die Zeiten rauer geworden sind, lieber Otto, und Rechte wieder auf Deutschlands Straßen und auf denen in anderen Ländern marschieren und ihren Ungeist verbreiten, gibt es Hoffnung, weil junge Menschen sich ihnen entgegenstellen, sich intensiv länderübergreifend mit der Vergangenheit beschäftigen und auseinandersetzen.

Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag des Antifaschisten und Potsdamer Schriftstellers Otto Wiesner

Der Humanistische Verband, das Deutsche Mauthausenkomitee Ost und die VVN-BdA Potsdam hatten zu einer Erinnerungsveranstaltung an den 2006 verstorbenen Antifaschisten und Potsdamer Schriftsteller Otto Wiesner eingeladen. In Video-Einspielungen (von Denis Newiak, Maria Ullrich) und Lesungen aus Otto Wiesners Werken (gelesen von Juliane Nitsche, Monika und Achim Pilarski sowie Denis Newiak) wurden viele seiner Lebensabschnitte lebendig. Der Einladung folgten fast 50 Gäste in das Bürgerhaus am Schlaatz. Unter ihnen auch Hans-Jürgen Scharfenberg, der den Anlass nutzte, eine Spende über 250 Euro der Linken-Bundestagsabgeordneten Diana Golze zu überreichen. Sie soll genutzt werden für die Erneuerung des Spanienkämpfer-Denkmal am Treffpunkt Freizeit.



Foto: v.l.n.r. Juliane Nitsche (Humanistischer Verband Deutschland Potsdam/Potsdam-Mittelmark), Monika Pilarski (VVN-BdA Potsdam), Denis Newiak (Autor des Films „Mit Mut und Hoffnung. Otto Wiesner erzählt“)

HOT: Ehrung von Hans Otto „versäumt“

Das Hans Otto Theater (HOT) hat den 110. Geburtstag seines Namensgebers am 10. August dieses Jahres verpasst. Eine Öffentliche Erinnerung und Ehrung sei seitens des Theaters und der Stadtverwaltung versäumt worden, heißt es aus dem Rathaus. Laut Verwaltung würde dies „von beiden Seiten bedauert“.

9. November 2009

72. Jahrestag der Pogromnacht

Gedenken am Dienstag, 09. November 2010, 16.00 Uhr (Angabe mit Vorbehalt) in Potsdam, Platz der Einheit, vor der Gedenktafel neben der Post.

Gratulation zum 20-jährigen

Ein Stück Potsdamer Lesekultur wird 20 Jahre alt. DIE LINKE Potsdam gratuliert Carsten Wist zum 20-jährigen Bestehen seines Literaturladens. Zwischen all den großen Bücherketten war und ist er die Oase für gute Literatur und fachliche Beratung in angenehmer Atmosphäre. Sein Literaturladen bringt interessante Bücher mit interessanten Menschen zusammen. „Hier werden nicht nur Bücher gegen Geld-



scheine getauscht, hier geht's um den Spaß und die Auseinandersetzung mit dem Geschriebenen“, heißt es auf seiner Homepage. Ein wahres Wort gelassen ausgesprochen. Seine Lesungen machen das kulturelle Angebot Potsdams interessanter und facettenreicher. Wir wünschen Herrn Wist weiterhin ein gutes Händchen bei der Auswahl seiner Bücher, hoffen auf sein Engagement für die Stadt Potsdam und wünschen ihm viele Leser, die in seinem Literaturladen einkaufen.

DIE LINKE.Potsdam

Senioren sport in Potsdam

Sport ist so populär wie lange nicht. In der so genannten „zweiten Lebenshälfte“ wollen viele Menschen vorsorglich mehr für ihre Gesundheit oder auch für die Rehabilitation nach einer Erkrankung tun. Für manche präventive Kurse leisten die Krankenkassen Zuschüsse oder schreiben Bonuspunkte gut; danach sollte man sich vorher erkundigen.

In Potsdam gibt es zahlreiche sportliche Angebote für Senioren vom Tanz über Wandern, Gymnastik oder Schwimmen bis hin zu Mannschaftssportarten wie Faustball. Wer auf der Suche ist, kann bei gemeinnützigen Vereinen, in Seniorenfreizeitstätten, beim Stadtsportbund, beim Seniorenbeirat und natürlich auch in Fitnessstudios fündig werden. Hier kann nur eine kleine Auswahl vorgestellt werden.

Seniorenfreizeitstätten

AWO-Seniorenfreizeitstätte im Käthe-Kollwitz-Haus, Zum Ja-

genstein 20, 14478 Potsdam

Seniorenbegegnungsstätte „Auf dem Kiewitt“, Zepelinstr. 163a, 14471 Potsdam

Seniorenfreizeitstätte im Wohngebiet „Zentrum-Ost“, Edisonallee 13, 14473 Potsdam

Seniorentreff im „Haus Abendstern“, Hans-Albers-Str. 3, 14480 Potsdam

Haus der Bewegung, Guttenbergstr.

100-102, 14467 Potsdam

Seniorenfreizeittreff im Haus „Stern*Zeichen“, Galileistraße 37-39, 14480 Potsdam

Seniorenbegegnungsstätte



„Wir für uns“, Asta-Nielsen-Str. 1, 14480 Potsdam

Bürgerhaus Bornim, Potsdamer Straße. 90, 14469 Potsdam/Bornim

SEKIZ e.V., Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationszentrum, Hermann-Elflein-Str. 11, 14467 Potsdam

Bürgerhaus am Schlaatz, Schilf- hof 28, 14478 Potsdam

Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte, Oderstr. 23-25, 14513 Teltow

Seniorenbeirat Golm, Gemein- dehaus Golm, Reiherbergstr. 31, 14476 Golm

SC Potsdam e.V., Maimi-von- Mirbach Str. 11/13, 14480 Pots- dam.

Stadtsportbund Potsdam

Der SSB ist die Interessenver- einigung der Sportvereine in Potsdam. Hier erfährt man, wel- che Vereine es in Potsdam gibt, an wen man sich wenden kann und wo und wann man sich trifft.

Kontakt: Am Luftschiffhafen 2 | Haus 33 | 14471 Potsdam, stadt- sportbund@potsdam.de

Thalia-Kino erneut ausgezeichnet

Erneut wurde das Thalia in Potsdam/Ba- belsberg mit dem begehrten Kinopro- grammpreis der Landesfilmförderanstalt medienboard GmbH Berlin-Branden- burg ausgezeichnet. Zu dieser Würdi- gung der exzellenten Kulturarbeit möch- ten wir recht herzlich gratulieren und meine Dankbarkeit für dieses großartige Engagement aussprechen.

Mit dem Preisgeld in Höhe von 12.000 Euro wird insbesondere die Arbeit und Leistung für ein qualitativ hochwertiges Kinoangebot gewürdigt. Diese Aus- zeichnung verdeutlicht eindrucksvoll, wie dicht die Betreiber an den Interes- sen, aber auch an der Entwicklung des internationalen Films dran sind. Wir wünschen dem Kino weiterhin viel Er- folg, ein gutes Händchen bei der Film- wahl und viele Zuschauer.



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 08.11.2010, 14.30Uhr:

„Mit 72 quer durch die USA – und wie war's?“ Eine interessante Reise mit Frau Marianne Schütze. Der Reisebericht in Wort und Bild entführt Sie von New York über Los Angeles bis nach San Franzisko. Bewundern Sie das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ mit bombastischer Architektur, mit gewaltigen Wolkenkratzern und stilvollen Villen, mit verbindenden Brücken und atemberaubender Landschaft und mit den Menschen, die dieses Land bewohnen. *Dahlweid

Dienstag, 09.11.2010, 14.30Uhr:

„Spiel mir eine alte Melodie ...“ Jeder Jahr- gang hat seinen Wein und seine Lieder – die schönsten Schlager zum Raten und

Wünschen von und mit Gerald Meister. Teil 1: Die Vierziger *Dahlweid

Mittwoch, 10.11.2010, 13.30Uhr:

„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Montag 15.11.2010, 14.30Uhr:

„Paris – Mythos an der Seine“. Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. „Paris ist alles, was du willst, da kannst du dich amüsieren, du kannst dich langweilen, kannst lachen, weinen, alles tun, was dir Freude macht.“ – Chopin. *Dahlweid

Dienstag, 16.11.2010, 14.00Uhr:

„Musikalischer Rätselnachmittag“. Ein musikalischer Rätselnachmittag mit Manfred Bischoff. Sie können bekannte Melodien raten, aber auch so manches Lied mitsingen oder nach bekannten Wal- zermelodien tanzen. *Dahlweid

Montag, 22.11.2010, 14.30Uhr:

„Wunderwerk Mensch“ Teil 2: „Die bio- logische Revolution“. Eine interessante Rei- se mit Karl Kreuzt. Bis hin zur Erlangung des Selbstbewusst- seins und der Wahrnehmung Anderer, bis zum ersten Rendezvous, durchläuft der Körper eine biologische Revolution. *Dahlweid

Dienstag, 23.11.2010, 14.30Uhr:

Der lachende Philosoph - Teil 4: „Histori- sches und Aktuelles“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächs- reihe für unsere Seniorinnen und Senio- ren mit dem Stadtverordneten der LIN- KEN, Dr. Herbert Schlomm. *Dahlweid

Mittwoch, 24.11.2010, 13.30Uhr:

„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Freitag, 26.11.2010, 19.00Uhr:

Gerald Wolf, Berlin - „ Sie nannten ihn Big Wolf“ – Kabarett-Western. Im Bürgerhaus Stern*Zeichen

Dienstag, 30.11.2010, 14.30Uhr:

„Nepal – das Land der Götter und der höchsten Berge“. Eine fotografische Reise mit Bishnu Karki in seine Heimat, den Him- malaya. *Dahlweid

Sonntag, 04.12.2010, 13.30Uhr:

Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Weihnachtsmelodien zum Zuhören und Träumen“. Mit dem Klarinetten-Quartett „Sanssouci“. *Dahlweid

*Dahlweid – Seniorentreff der Dahlweid- stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum-Ost